



öffentlich

Betreff:

Verschiebung von Hartz IV

Erstellungsdatum 05.08.2004

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.09.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Bundesregierung auf, die Einführung von Hartz IV um mindestens ein Jahr zu verschieben.

Die Verschiebung ist erforderlich, um substantielle Veränderungen am Gesetz vornehmen und die technische Umsetzung sowie die notwendige Begleitung durch Beschäftigungsprogramme solide vorbereiten zu können.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Verschiebung von Hartz IV einzusetzen.

Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Statt der ursprünglich mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe beabsichtigten Beschäftigungsförderung ist mit der vorliegenden gesetzlichen Regelung ein Programm des Sozialabbaus für Langzeitarbeitslose fixiert worden. Angesichts der absehbaren Schlechterstellung von Hunderttausenden Arbeitslosenhilfeempfängern und ihren Familien, der massiven Unklarheiten bei der technischen Umsetzung, fehlender Beschäftigungsprogramme des Landes und der Kommunen usw. besteht die Gefahr, dass die Reform zu Lasten der Schwächsten umgesetzt wird.